



## Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 06.10.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**                    **Bebauungsplan und Satzung über örtliche  
Bauvorschriften "Fuchshofschule" Nr.  
045\_05\_00 - Satzungsbeschluss  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 324/22**

### **Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan „Fuchshofschule“ Nr. 045\_05\_00 vom 16.09.2022 entsprechend der Anlagen 1 – 3 als Satzung beschlossen.
- III. Gemäß § 74 LBO wird die Satzung über örtliche Bauvorschriften „Fuchshofschule“ Nr. 045\_05\_00 entsprechend der Anlagen 1 – 3 beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gem. § 13 (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen (Anlage 5).



### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:        Stadtrat Zeltwanger

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**TOP 1**

**Bebauungsplan und Satzung über örtliche  
Bauvorschriften "Fuchshofschule" Nr.  
045\_05\_00 - Satzungsbeschluss  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 324/22**

---

**Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage abstimmen.

**TOP 2**

**Erhaltungssatzung Neckarweihingen - Entwurf  
Satzung, Einladung Öffentlicher Spaziergang**

**Vorl.Nr. 322/22**

---

**Beratungsverlauf:**

Der **Leiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung geht auf die Mitteilungsvorlage ein und informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Mokenthin-Keßler** unterstützt die Idee. Die Stadtspaziergänge seien gut und haben sich bewährt.

Stadtrat **Braumann** wünscht einen Alternativtermin für den Spaziergang, da sich dieser mit der Schuleinweihung überschneide. Er weist darauf hin, dass Gebäude bei diesem Vorgehen nur von außen beurteilt werden. Es solle auch auf die Aufteilung im Innern der Gebäude Rücksicht genommen werden. Das Instrument der Erhaltungssatzung sei wichtig, da bereits Bausubstanz verloren gegangen sei.

Stadtrat **Remmele** rät größere Eingriffe gemeinsam mit den Eigentümern zu besprechen. Die Erhaltungssatzung sei wichtig, um weitere Strukturschäden zu vermeiden.

Stadtrat **Juranek** erinnert an die Interessenkonflikte, wie es sie beispielsweise in Poppenweiler gegeben habe. Diese kosten viel Kraft. Man brauche vernünftige Kompromisse und er ist davon überzeugt, dass man ohne eine Regelung nicht auskomme. Warum manche Gebäude, die zunächst als erhaltenswert eingestuft wurden, wieder aus der Liste herausgefallen seien, sei ihm nicht

nachvollziehbar.

Stadtrat **Eisele** sieht die Satzung ebenso als sinnvoll an. Man solle gemeinsame Absprachen mit den Bauherren treffen und mit Maß vorgehen.

Stadträtin **Kainz** befürwortet ebenso die Satzung.

Stadträtin **Liepins** fragt nach dem ursprünglichen Plan.

Stadtrat **Zeltwanger** verweist auf die leerstehenden Gebäude. Man müsse den Eigentümern eine  
**TOP 2                      Erhaltungssatzung Neckarweihingen - Entwurf                      Vorl.Nr. 322/22**  
**Satzung, Einladung Öffentlicher Spaziergang**

---

Brücke bauen, damit sie die Häuser sanieren.

Der Plan werde den Gremiumsmitgliedern zugeschickt, sagt der **Leiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung zu.

Der Wunsch auf Änderung des Termins wird mitgenommen, so BMin **Schwarz** und geht auf die Ziele der Satzung und die Mitteilungsvorlage ein. Sie stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

**TOP 3                      Altes Stadtbad, Alleenstraße 20                      Vorl.Nr. 271/22**  
**Erneuerung der Grundleitungen**  
**- Entwurfs- und Baubeschluss (Projektbeschluss)**

---

#### **Beschluss:**

Der Bauausschuss beschließt die notwendige Erneuerung der Grundleitungen des Stadtbades auf der Grundlage der beiliegenden Kostenberechnung in Höhe von 473.000 EUR (Kostengruppen 200 - 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulagen).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

#### **Beratungsverlauf:**

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die Vorlage ein. Zunächst habe man damit gerechnet, durch innenliegende Rohre reparieren zu können. Es hätten sogenannte

Inliner eingezogen werden können. Das sei jedoch nicht möglich, die alten Rohre seien zu stark beschädigt. Jetzt solle die Gelegenheit genutzt werden, mit neuen Leitungen auch Verbesserungen herbeizuführen. So soll künftig das Regen- und Schmutzwasser getrennt geführt werden, auch eine Zisterne sei vorgesehen, in der Regenwasser gesammelt werden kann. Dies könne unter anderem auch für die Bewässerung der Grünanlagen genutzt werden.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Sinnvoll sei, dass an eine Zisterne gedacht werde, so Stadtrat **Sorg**. Zudem will er sicherstellen, dass durch die Bauarbeiten im Wurzelbereich die großen Bäume nicht beschädigt werden. Man müsse mehr in den Klimaschutz investieren. Starkregenereignisse werde es künftig mehr geben.

Stadträtin **Kainz** wundert sich, warum eine Kampfmitteluntersuchung eingepreist sei. Nach Ihrer Kenntnis sei dort nichts zu erwarten. Sie geht auf die Feuchtigkeit im Fundament ein.

**TOP 3**

**Altes Stadtbad, Alleenstraße 20  
Erneuerung der Grundleitungen  
- Entwufs- und Baubeschluss (Projektbeschluss)**

**Vorl.Nr. 271/22**

---

Das hätte man wissen können, merkt Stadtrat **Remmele** an. Er sorgt sich um das feuchte Fundament. Sollte direkt entlang des Fundaments aufgedrungen werden, solle hier gleich isoliert werden. Man müsse die Kosten der einzelnen Maßnahmen zusammenzählen.

Das alte Gebäude solle erhalten werden, merkt Stadträtin **Liepins** an.

Stadtrat **Link** kritisiert die scheinweise Aufstellung der Kosten.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die offenen Fragen ein. Die Beantwortung der Frage zu den Kampfmitteln wird nachgereicht. Die Rohre werden mit etwas Abstand zum Gebäude geführt. Der Wurzelraumbereich werde geschützt.

Nach dieser Aussprache lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage abstimmen. Eine Kamerabefahrung sei durchgeführt worden. Durch Starkregenereignisse habe es Verschiebungen gegeben. Die stückweise Sanierung sei vom Gremium beschlossen worden.

**TOP 4**

**Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg  
Investitions-Kapazitäts-Steuerung im  
Baubereich (INKAS), Stand 09/2022  
- Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft**

**Vorl.Nr. 302/22**

---

**Beratungsverlauf:**

---

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die Mitteilungsvorlage ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache. Kostenmäßig liege man im Rahmen. Teilweise gebe es einen zeitlichen Verzug.

Stadtrat **Link** lobt die Arbeit. Er sieht die Personalkapazitäten hinsichtlich der zusätzlichen Maßnahmen als knapp an. Es solle darauf geachtet werden, dass keine weiteren Programme aufgenommen werden.

Stadtrat **Remmele** geht auf die Maßnahme Nr.114 ein und wünscht nähere Informationen zu den Kosten.

Der Differenzbetrag werde über die Steuererklärung ausgeglichen, so der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft.

BMin **Schwarz** geht auf die Personalsituation und den Fachkräftemangel ein.

**TOP 5**

**Klima- und Energiebericht 2021**

**Vorl.Nr. 012/22**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die Mitteilungsvorlage ein und informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Die Arbeit sei wichtig und die Zahlen aufrüttelnd, so Stadtrat **Sorg**. Die Klimafolgekosten sollten in einen Fonds einbezahlt werden, um die Mehrkosten der Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Er geht auf die dringend zu sanierenden städtischen Gebäude ein. Der Ausbau von Photovoltaik, klimafreundlicher Fernwärme und Dämmung sowie Betriebsoptimierungen helfen weiter. Die Stadt müsse es jetzt krachen lassen. Viele geeigneten Dachflächen seien nicht belegt. Zudem könne Photovoltaik auch an Fassaden angebracht werden. Außerdem fragt er nach weiteren Freiflächen, wie Parkplätze. Er will wissen, warum das Goethe-Gymnasium einen hohen Verbrauch habe, trotz umfangreicher Sanierung.

Trotz einem erheblichen Aufwand und Bindung von Personal sei dies ein wichtiges Steuerungselement und eine Datengrundlage, meint Stadtrat **Braumann**. Für die Umweltkosten regt er eine Globalrechnung mit Einrechnung der Herstellungs-, Transport- und Materialkosten wie auch Lebenszykluskosten an. Die PV-Anlagen sollen nachhaltig sein. Der Verbrauch müsse reduziert werden, wo immer möglich. Hier könne jeder Bürger einen Beitrag leisten. Für die Sanierungen müsse es eine Prüfung der finanziellen Möglichkeiten geben.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht eine Darstellung des Wärmeverbrauchs in Relation zur Nutzfläche für

die Schulen. Er fordert die Mehrfachnutzung von Gebäuden, um Kosten zu sparen. Weiter fragt er nach Möglichkeiten extern finanzierter PV-Anlagen. Hier sehe er einen großen Markt und die Bürgerschaft könne sich aktiv einbringen. Eine Beteiligungsmöglichkeit für die Bürgerschaft sei ein wichtiges Zeichen. Man brauche schnelle Lösungen.

Das Thema sei sehr komplex, merkt Stadtrat **Juranek** an. Der Gesamtverbrauch ändere sich nicht wesentlich. Dies schließt er auf mehr Flächen und neuen Techniken zurück. Man sei dennoch auf einem ordentlichen Weg. Er geht auf den stetig steigenden Stromverbrauch an der Gemeinschaftsschule Innenstadt, trotz Sanierung, ein und fragt nach den Gründen.

Der größte Verbrauch sei an den Schulen, so Stadtrat **Eisele**. Hier stehen dringend Sanierungen an. Jedoch müsse dies auch finanziert werden und er spricht die Haushaltsberatungen an. Er geht auf die Photovoltaik und die Belegung der städtischen Flächen ein und fragt, wann endlich angefangen werde. Er könne sich auch PV-Anlagen auf Parkplätzen vorstellen.

Stadträtin **Kainz** fragt nach der personellen Besetzung im Vergleich zu anderen Städten. Sie sieht hierin ein wichtiges Steuerungsinstrument und eine Handlungsempfehlung für politische Entscheidungen.

BMin **Schwarz** dankt für die Rückmeldungen. Man setzte auf ein beschleunigtes Tempo bei der Installation der PV-Anlagen. Die Investitionen amortisieren sich schnell. Die meisten Gebäude mit PV-Anlagen haben einen hohen Eigenstromverbrauch. Für die anderen Gebäude haben die Stadtwerke den Erstzugriff. Hier stehe man noch in Abstimmung. Bürgeranteilsmodelle zur Investition seien vorstellbar. Freiflächen für PV-Anlagen, unter anderem auf Stellplätzen, werden untersucht. Die personellen Ressourcen und die Finanzierung werden bestmöglich eingesetzt. Um die Klimaneutralitätsziele zu erreichen sei man auf neue Ideen und Unterstützungen von Bund und Land angewiesen. Ein politisches Signal solle gesetzt und die möglichen Schritte aufgezeigt werden.

**TOP 5**

**Klima- und Energiebericht 2021**

**Vorl.Nr. 012/22**

---

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf den Stromverbrauch am Goethe-Gymnasium ein. Aufgrund entsprechender Techniken, Ladeinfrastruktur, Lüftungsanlagen und zusätzlicher neuer Räume gehe nach einer Sanierung der Verbrauch nach oben. Eine LED-Beleuchtung könne Energie einsparen aber nicht alles kompensieren. Die Lüftungsanlagen schaffen einen Vorteil im Jahresverbrauch. Die verlängerten Betriebszeiten der Schulen und die Mensen erhöhen ebenso den Verbrauch. Die PV-Anlagen für die Gebäude mit hohem Stromverbrauch seien sehr rentierlich. Mit einer Fremdfinanzierung könne der Betriebshaushalt nicht entlastet werden. Jedes Dach müsse zudem vom Statiker geprüft werden. Weiter geht er auf die Personalsituation im Team Energie ein. Im Haushalt seien Kosten für Photovoltaik eingestellt. Zudem weist er auf die derzeitige Problematik bei der Beschaffung von PV-Anlagen hin. Er geht auf den Heizverbrauch an der Gemeinschaftsschule ein. Die ausgedehnten Schulzeiten, Lüftung in Pandemiezeiten und Zunahme der Nutzungsdichte seien die hauptsächlichen Treiber gewesen.

Stadtrat **Remmele** geht auf den kaufmännischen Vorteil der PV-Anlagen im Vergleich zur energetischen Sanierung ein. Es sollen möglichst viele Dächer bestückt werden.

Stadtrat **Link** fragt, ob bei der Angabe der Verwaltungsgebäude auch die angemieteten Gebäude enthalten seien. Zudem fragt er nach einer Empfehlung für Privathaushalte zur Heizungsart im Falle

einer anstehenden Umrüstung.

Die Umweltfolgekosten liegen laut Umweltbundesamt bei rund 200 Milliarden Euro ergänzt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft. Die graue Energie sei berücksichtigt. In Scope 3 werde dies bilanziert. Die PV-Anlagen werden auf Nachhaltigkeit und Kreislauffähigkeit geprüft. Die nutzungsspezifischen Kennzahlen können auf Wunsch künftig in den Energiebericht aufgenommen werden. Er geht auf die Personalsituation ein. Im Landesvergleich sei man gut aufgestellt. Nach einer Generalsanierung brauche man eine gewisse Einarbeitungszeit und eine Betriebsoptimierung. Er geht weiter auf das Gebäudeenergiegesetz des Bundes und die Energieeffizienzklassen bei öffentlichen Gebäuden ein.

BMin **Schwarz** dankt dem Team. Die Nutzungsdichte, Mehrfachnutzung und Nutzungszeit nehmen zu und erhöhen den Verbrauch. Sie geht auf die Wirtschaftlichkeit des kommunalen Haushaltes hinsichtlich der PV-Anlagen ein. Sinnvolle Dächer sollen weiterhin selbst belegt werden. Dies komme auch der Bürgerschaft zugute. Vor dem Bau der PV-Anlagen müssen Dächer teilweise vorab saniert werden. Eine pauschale Aussage auf die Frage zur Investition in eine private Heizungsanlage gebe es nicht. Sie verweist auf die Energieagentur LEA.

**TOP 6**

**Aktueller Stand der Kommunalen  
Wärmeplanung II**

**Vorl.Nr. 259/22**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation geht ein **Mitarbeiter** des Referates Stadtentwicklung, Klima und Internationales auf die Mitteilungsvorlage ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** dankt für den Bericht. Die privaten Verbraucher seien ebenso gefordert. Sie ist auf die Machbarkeitsstudien zur Fluss- und Abwasserwärme gespannt. Sie geht auf das Fernwärmenetz und die einzelnen Stadtgebiete ein und fragt nach den Auswahlkriterien sowie der Handlungsstrategie.

Der weitere Ausbau der Fernwärme sei ein wichtiger Aspekt, so Stadtrat **Braumann**. Jedoch sei das Fernwärmenetz nicht CO2 neutral. Er sieht Geothermie als eine Lösung an und wünscht Angaben zum möglichen Potential.

Die Haushaltsberatungen werden die Möglichkeiten aufzeigen, merkt Stadtrat **Remmele** an.

Das Thema sei wichtig, so Stadträtin **Liepins**. Sie hätte sich konkrete Vorschläge noch vor den Haushaltsberatungen gewünscht. Die Umsetzung hänge von den finanziellen Möglichkeiten ab. Man müsse schnell handeln.

Stadtrat **Eisele** geht auf die lange Prozessdauer ein. Er verweist auf die Sitzung im Mai dieses Jahres und erwartet eine Antwort auf die Frage zum grünen Wasserstoff im Gebiet Fuchshof.

Die Verbraucher sollen mitgenommen werden, merkt Stadträtin **Kainz** an. Das Zielfoto werde Fragen bei der Bevölkerung aufwerfen.

BMin **Schwarz** dankt für die Rückmeldungen. Haushaltsrelevante Vorschläge können heute noch nicht vorgebracht werden. Die Stadt habe eine Vorreiterrolle. Die Investitionen seien erheblich. Die Abstimmungen mit den Stadtwerken müssen genau erfolgen. Mit den Stadtwerken solle ein Szenario mit einer Zeitschiene für die Fernwärmenetze entwickelt werden. Dies sei für die Privateigentümer und deren Investitionsentscheidungen von Bedeutung. Die städtischen, wie auch die privaten Dächer stehen im Fokus. Die Investitionsbereitschaft sei durch die steigenden Energiepreise stark gestiegen. Man werde dem Regionalverband Stuttgart bei der Fortschreibung des Regionalplanes aktiv zuarbeiten unter anderem mit der Konzentration auf Freiflächen für Solaranlagen.

Ein **Mitarbeiter** des Referates Stadtentwicklung, Klima und Internationales geht auf die offenen Fragen ein. Die Wärmedichte und existierende Wärmenetze im Teilgebiet seien ausschlaggebende Kriterien. Weiter wird auf den Ausbau und die Nachverdichtung der Fernwärmenetze und erneuerbare Energieträger eingegangen. Die Geothermie sei ebenso berücksichtigt. Tiefengeothermie konnte nicht weiter vertieft werden. Hierzu gebe es bereits eine ältere Studie. Gerne würde hierzu nochmals ein aktueller Impuls gesetzt werden. Zwischen der Vorstellung des Potentialanalysenprozesses bis zum heutigen Bericht mit der Empfehlung zur weiteren strategischen kommunalen Planung liege ein großer Schritt. Ludwigsburg sei eine Vorreiterkommune. Der Klimaschutz fordere ein schnelles Handeln.

Die Beantwortung der Frage zum grünen Wasserstoff im Fuchshof folgt in den nächsten Tagen in Form einer Infovorlage, so der **Leiter** des Referates Stadtentwicklung, Klima und Internationales. In den Haushalt seien Positionen für vertiefende Untersuchungen und Studien aufgenommen. Eine

**TOP 6**

**Aktueller Stand der Kommunalen  
Wärmeplanung II**

**Vorl.Nr. 259/22**

---

enge Abstimmung erfolge mit den Stadtwerken. Die Verbraucher werden mitgenommen. Es seien Bürgerveranstaltungen und Besichtigungen vorgesehen. Mit Kornwestheim stehe man im engen Austausch.

Stadtrat **Sorg** geht auf die geänderten Rahmenbedingungen ein und plädiert die tiefe Geothermie und Abwasserwärmepotentialanalyse zu untersuchen.

BMin **Schwarz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

**TOP 7**

**Einführung der Bauberatung PLUS im  
Bürgerbüro Bauen**

**Vorl.Nr. 213/22**

---

**Abweichender Beschluss:**

Das Bürgerbüro Bauen wird beauftragt, das vorliegende Konzept zur Bauberatung PLUS mit den Verwaltungsdienstleistungen „Grundlagenermittlung“ „Servicepaket Planungsgrundlagen“ und „Qualifizierte Bauberatung“ umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Bürgerbüro Bauen geht auf die Vorlage ein und informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Eine Evaluation werde nach 6 Monaten erfolgen, ergänzt der **Leiter** des Fachbereiches Bürgerbüro Bauen. Man habe Erfahrungswerte zugrunde gelegt.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache. Sie geht auf die Umbenennung im Beschlussvorschlag ein. Die Abrechnung sei gerechtfertigt und die Sätze nicht überhöht.

Stadtrat **Sorg** signalisiert seine Zustimmung. Guter Service koste etwas. Das Bürgerbüro sei ein moderner Dienstleister.

Die Preise seien angemessen und die Beratung für die Bauherren und Planer sehr gut, so Stadtrat **Braumann**. Die Kosten müssen weitergegeben werden. Er wird der Vorlage gerne zustimmen.

Stadtrat **Remmele** signalisiert ebenso seine Zustimmung. Das Servicepaket diene als wichtige Grundlage für die Bauherren.

**TOP 7**

**Einführung der Bauberatung PLUS im  
Bürgerbüro Bauen**

**Vorl.Nr. 213/22**

---

Die Maßnahme sei nachvollziehbar, meint Stadtrat **Juranek**. Der Beratungsaufwand sei hoch und

die Verfahren seien teilweise komplex. Er wünscht ein Feedback über die Praxiserfahrung und fragt, ob die Zeitlänge der Gespräche angemeldet werden müsse. Er wundert sich über die Hochrechnung. Umgerechnet auf die Beratungsaufgabe erscheint ihm der Ansatz zu niedrig.

Der Paketpreis von 101,-- Euro solle abgerundet werden, so Stadtrat **Eisele**. Er geht mit der Vorlage mit. Wann das Gespräch in eine Kostenpflicht übergehe, interessiert ihn. Zudem fragt er nach der Anzahl der Beratungen in der Vergangenheit, die unter 15 Minuten lagen.

Stadträtin **Kainz** geht mit der Vorlage ebenso mit. Sie sieht darin auch einen Anreiz für Bauvoranfragen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bürgerbüro Bauen geht auf die offenen Fragen ein. Der Erstkontakt sei kostenlos. Die Bauherren werden auf die Kostenpflicht hingewiesen.

BMin **Schwarz** lässt über den geänderten Beschluss, wie oben kursiv eingefügt, abstimmen. Sie könne sich ebenso einen Festpreis von 100,-- Euro vorstellen.

BMin **Schwarz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.